

chetischen und theologischen Texte, für Hirtenbriefe und andere Veröffentlichungen hat es mit sich gebracht, daß im Ausland sehr wenig von der exemplarischen Arbeit der Kirche, immer stärker in der indonesischen Kultur verankert zu sein, bekannt geworden ist (eine umfassende Beschreibung, allerdings auf Niederländisch, bietet das Buch von *H. Boelaars*, *Indonesianisasi*, Kampen 1991). Diese *relative Abgeschlossenheit* hat zwar den Vorteil, daß nicht gleich von außen

interveniert wird und manche Dinge sich ruhiger entwickeln können. Der Nachteil von Indonesisch als ausschließlichem Medium ist aber eine gewisse Isolierung der indonesischen Kirche. Durch die Mitarbeit in den verschiedenen Gremien der Vereinigung asiatischer Bischofskonferenzen (FABC), deren letzte Vollversammlung 1990 in Indonesien stattfand, wird aber die Verbindung zu den anderen asiatischen Ortskirchen aufrechterhalten. *Georg Evers*

Kurzinformationen

Spektakulärer Bischofsrücktritt in den Niederlanden

Unter teilweise noch ungeklärten Umständen ist der Bischof von Rotterdam, *Ronald Bär* OSB, im Alter von 64 Jahren von seinem Amt zurückgetreten. Bischof Bär, der das Bistum Rotterdam seit 1983 leitete (gleichzeitig war er niederländischer Militär- und „Medienbischof“), hatte sich am 17. Februar überraschend in sein Heimatkloster Chevetogne in den belgischen Ardennen zurückgezogen. Am 26. Februar verfaßte er dort sein Rücktrittsgesuch, das Johannes Paul II. eine Woche später annahm. Durch einen Bericht der Tageszeitung „De Volkskrant“ vom 19. 3. kam dann der Stein ins Rollen: Es wurde bekannt, daß der Rücktritt von Bischof Bär unter dem Druck von Gerüchten erfolgte, er habe homosexuelle Handlungen begangen. Entsprechende Gerüchte zirkulierten in den Niederlanden schon länger; sie waren auch an die Bischöfe in anonymen Briefen und an den Konferenzvorsitzenden, Kardinal *Simonis*, durch einen Militärpfarrer herangetragen worden. In einer Pressekonferenz am 20. März erklärte Kardinal *Simonis*, die Bischöfe verfügten über keinerlei Tatsachenmaterial im Blick auf die umlaufenden Gerüchte; in einem Rechtsstaat dürfe niemand ohne Beweis schuldig gesprochen werden. Über die Hintergründe des Rücktritts von Bischof Bär wird viel spekuliert: Sicher ist, daß die Beziehungen zwischen

Bär und der Mehrzahl seiner Bischofskollegen nicht besonders gut waren. Bär war nicht nur in seinem Bistum sehr beliebt; er war auch der eloquenteste unter den Bischöfen, hatte in der Öffentlichkeit eine positive Resonanz und pflegte zahlreiche Gesprächskontakte, auch mit der hierarchiekritischen Bewegung im niederländischen Katholizismus. Es gab Vermutungen, Kreise um den vor kurzem zurückgetretenen Bischof *Gijsen* von Roermond (vgl. HK, März 1993, 145 ff.) hätten die Gerüchte über angebliche homosexuelle Kontakte von Bischof Bär bewußt lanciert, um den in ihren Augen viel zu „liberalen“ Bischof zu kompromittieren. Bischof Bär war einen Tag vor seiner überraschenden Abreise nach Chevetogne in Antwerpen mit einem früheren engen Mitarbeiter von Bischof *Gijsen* zusammengetroffen. Nach dem Rücktritt von Bischof Bär sind in den Niederlanden jetzt drei der insgesamt sieben Bistümer vakant; damit steht ein umfassendes Revirement im Episkopat an. Es ist zu vermuten, daß die Besetzung der drei vakanten Bistümer in einer „Paketlösung“ erfolgt.

Solidaritätsappell der deutschen Bischöfe

Mit einer eigenen Erklärung haben die deutschen Bischöfe bei ihrer Frühjahrsvollversammlung (vgl. ds. Heft, S. 171)

auf die gegenwärtigen Probleme im deutschen Einigungsprozeß reagiert. Eindringlich mahnen sie darin, die Schaffung eines gemeinsamen tragfähigen geistigen Fundamentes müsse vordringliche Aufgabe aller sein. Die geschichtlich einmalige Schwierigkeit des Einigungsprozesses bestehe darin, daß Menschen mit grundlegend verschiedenen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und weltanschaulichen Vorstellungen einander verstehen mußten, ohne daß es die Chance zu einer schrittweisen Gewöhnung gegeben habe. Um Zukunft überhaupt verantwortlich gestalten zu können, bedürfe es, „einer gemeinsamen Wertorientierung, die nicht so schnell verläßlich gewonnen werden kann, obwohl sie bei allen fälligen Entscheidungen vorausgesetzt wird.“ Dies müsse zu Konflikten führen. Zugleich fordern die Bischöfe jeden einzelnen wie die gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Institutionen auf, Besitzstandsdenken und die rücksichtslose Verfolgung von Eigen- und einseitigen Gruppeninteressen zu überwinden. Die gegenwärtigen sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten und besonders das drängende Problem der Arbeitslosigkeit ließen Interessengegensätze und Verteilungsprobleme – zwischen Ost und West, Bund, Ländern und Gemeinden, zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen – in aller Schärfe hervortreten, da sie nicht mehr länger durch Wirtschaftswachstum und eine zunehmende Staatsverschuldung kom-

pensiert oder verdeckt werden könnten. Dagegen müsse sich die Einsicht stellen, daß mit dem Einigungsprozeß die Menschen zur politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Schicksalsgemeinschaft verschmolzen seien. In der gegenwärtigen Situation, so die Bischöfe, verlange die wirtschaftliche Vernunft ebenso wie die soziale Gerechtigkeit, dem Aufbau im Osten Vorrang einzuräumen.

Stellungnahmen von Caritas und EKD-Rat zur geplanten Änderung des Asylgrundrechts

An einigen zentralen Punkten hat der Deutsche Caritasverband die gegenwärtigen Vorbereitungen zur Änderung des Asylgrundrechtes im Grundgesetz in einer Anfang März veröffentlichten Erklärung kritisiert. Grundsätzlich bestehe die Gefahr, daß politisch Verfolgte und anderweitig an Leib, Leben und Freiheit bedrohte Menschen nicht mehr den erforderlichen Schutz erhielten. Problematisch aber sei vor allem die diskutierte Abschiebung in die als „sichere Drittländer“ deklarierten osteuropäischen Nachbarländer, da dort jegliche Grundvoraussetzungen für die Aufnahme größerer Flüchtlingskontingente fehlten. Gegen die drohende „Entsolidarisierung zwischen den Staaten“, vor allem zuungunsten der ärmeren osteuropäischen, sei eine *gesamteuropäische Lösung der Wanderungsbewegung* unerlässlich. Zudem warnt die Caritas, Personen, die künftig vom Asylverfahren ausgeschlossen blieben, würden so in die Illegalität abgedrängt, womit wiederum die Fremdenfeindlichkeit erneut Auftrieb erhalte. Der Rat der EKD hat bei seiner Sitzung am 26./27. Februar mit einer Erklärung auf die gegenwärtige Debatte um den „Asylkompromiß“ reagiert. Auch darin heißt es, die vorgesehene Zurückweisung in sogenannte sichere Drittstaaten stehe in Spannung zur grundgesetzlich verankerten Rechtswegegarantie, eine Liste verfolgungsfreier Herkunftsländer berge die Gefahr, im Einzelfall die

tatsächliche politische Verfolgung nicht zu erkennen. Grundsätzlich dürfe eine Politik der Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung – die zwar unumgänglich, aber dennoch eine „Belastung des Gewissens“ sei – nicht zur Abschottung gegen Fremde führen. Daher setzt sich der Rat der EKD für ein *Einwanderungsgesetz* und den erleichterten Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft ein. Ein immer selektiveres Asylrecht und eine mehr und mehr restriktive, abschreckende und kleinliche Aufnahmepolitik in den westlichen Ländern kritisierte bei einer vom Vatikan am Sitz der UNO in New York organisierten Internationalen Flüchtlingskonferenz Anfang März der Präsident des Päpstlichen Rates „Justitia et Pax“, Kardinal *Roger Etchegaray*.

Auseinandersetzung um einen Brief Johannes Pauls II. an den Erzbischof von Sarajewo

Äußerungen des Papstes in einem Brief an den Erzbischof von Sarajewo, *Vinko Puljić*, zum Umgang mit den Opfern systematischer Vergewaltigungen in den Bürgerkriegsgebieten im ehemaligen Jugoslawien führten in verschiedenen Ländern zu erheblichen Irritationen. In dem Brief (Wortlaut in: *Osservatore Romano*, 27.2.93) sprach Johannes Paul II. Erzbischof Puljić sein Mitgefühl für die Leiden der Menschen in Bosnien-Herzegowina aus. Er ging dabei auf die besondere Lage der „Mütter, Ehefrauen und Mädchen“ ein, „die durch einen Ausbruch des Rassenhasses oder aus brutaler Begierde vergewaltigt worden sind.“ Auf Kritik stieß die Aussage des Papstes, es müsse zwischen dem „verabscheuungswürdigen Akt der Vergewaltigung“ und der Wirklichkeit des entstandenen neuen Menschenlebens unterschieden werden: Ohne ausdrücklich die Abtreibung zu erwähnen, betonte er, „daß das ungeborene Kind, weil es für das verabscheuungswürdige Geschehen nicht verantwortlich gemacht werden kann, unschuldig ist und deshalb in keinem Fall als Angreifer betrachtet werden

darf“. Den zutiefst in ihrer Würde verletzten Frauen und ihren Angehörigen müsse geholfen werden, daß sie den „Akt der Vergewaltigung in einen Akt der Liebe und Annahme verwandeln“. Gegenüber dieser Bekräftigung des Abtreibungsverbots auch im Vergewaltigungsfalle wurde in *Pressekommentaren* vielfach Befremden geäußert. In der italienischen Tageszeitung „La Repubblica“ (27.2.93) war zu lesen: „Das Bemühen um Kohärenz führt die Kirche zur Intoleranz“. Die französische katholische Tageszeitung „La Croix“ (8.3.93) gab in einem Beitrag zum Brief des Papstes zu bedenken: „Das von Johannes Paul II. vorgeschlagene Verhalten ist heroisch. Kann man dies Menschen abverlangen, die so viel gelitten haben?“ Gerüchten, betroffenen *Ordensfrauen* sei die Abtreibung gestattet worden, trat der Vatikan mit der Erklärung entgegen, man habe noch nie und in keinem Fall in ähnlichen Fällen eine Abtreibung genehmigt.

Der Theologe Matthew Fox wurde aus seinem Orden ausgeschlossen

Matthew Fox, amerikanischer katholischer Theologe und Vertreter einer sogenannten „Schöpfungs-Spiritualität“ muß den Dominikanerorden verlassen. Die Entscheidung der Ordensleitung wurde unterdessen von der vatikanischen Ordenskongregation bestätigt. Fox wird, wie er mitteilte, keine Rechtsmittel gegen die Entscheidung einlegen. Bei der von Fox vertretenen, in den USA umstrittenen Theologie handelt es sich um einen Typ von Spiritualität, die den von der Umwelt- und Frauenbewegung, von Befreiungstheologie und New-Age-Bewegung vertretenen grundlegenden „Paradigmenwechsel“ für die Theologie nutzbar machen möchte. In deutscher Übersetzung liegt bisher sein Buch „Der Große Segen. Umarmt von der Schöpfung“ (München 1991) vor. Der Orden begründet den Ausschluß mit dem Umstand, daß Fox sich über Jahre hin-

weg den Anordnungen seiner Oberen widersetzt habe, von Oakland (Kalifornien), wo er am „Holy Name College“ ein Institut für „Kultur- und Schöpfungsspiritualität“ betreibt, nach Chicago zurückzukehren. Der Provinzobere betonte, die Maßnahme gegen Fox habe keine theologischen Hintergründe. Fox bedauerte in einer Stellung-

nahme den Ordensausschluß als „Akt institutioneller Gewalt“ gegen seine Person. Er habe in den letzten drei Jahren wiederholt versucht, eine befriedigende Lösung im Zusammenhang mit seinen Verpflichtungen gegenüber seiner Ordensprovinz in Chicago zu finden. Im Ausschluß aus dem Orden sieht er den Versuch einer „Stigmatisierung“ seiner

theologischen Arbeit. Seine Schriften waren 1988 Gegenstand eines Verfahrens bei der römischen Glaubenskongregation. Auf Verlangen der Glaubenskongregation war Fox 1988/89 von der Ordensleitung ein sogenanntes „Schweigejahr“ auferlegt worden. Auf die Ausübung seiner Lehrtätigkeit hat der Ordensausschluß zunächst keinen Einfluß.

Bücher

KLAUS M. LEISINGER, Hoffnung als Prinzip. Bevölkerungswachstum: Einblicke und Ausblicke. Birkhäuser-Verlag, Basel – Boston – Berlin 1992, 423 S., 48,- DM.

„Während Sie diesen Satz in normaler Geschwindigkeit lesen, wächst die Weltbevölkerung um etwa zwanzig Menschen.“ Der Autor dieser gründlichsten Studie über die Ursachen des Bevölkerungswachstums sowie die Anforderungen an eine ethisch legitimierbare Bevölkerungspolitik, die derzeit im deutschen Sprachraum verfügbar ist, beschönigt die Brisanz der demographischen Weltlage nicht. Aber er wendet sich sachkundig und engagiert gegen einseitige Schuldzuweisungen an die armen Länder der südlichen Hemisphäre, die in deren noch immer anhaltendem Bevölkerungswachstum die größte Zukunftsgefährdung der Menschheit sehen. Nachdem Leisinger anhand eines breiten internationalen Quellenmaterials und zahlreicher instruktiver Schaubilder die derzeit verfügbaren Daten und Fakten zum Bevölkerungsproblem zusammengetragen hat, diskutiert er neomalthusianische und pronatalistische Bevölkerungstheorien sowie das Transformationsmodell der europäischen Entwicklung; dabei geht es ihm (auch aufgrund eigener Feldstudien in der Sahel-Zone) vor allem darum, alternative theoretische Globalmodelle zugunsten einer regionalen Betrachtungsweise zu überwinden, die den klimatischen, agrarischen und sozialge-

schichtlichen Besonderheiten der einzelnen Länder gerecht wird. Das ganze Buch ist ein leidenschaftliches rationales Plädoyer gegen eine ressentimentgeladene Diskussion des Bevölkerungsproblems, wie sie die Öffentlichkeit bei uns noch weitgehend beherrscht. Es will im Vorfeld der 1994 in Kairo stattfindenden Weltbevölkerungskonferenz für eine grundbedürfnisorientierte, ökologisch verträgliche Entwicklungsstrategie werben, die das Bevölkerungsproblem nicht allein mit technischen Mitteln, sondern im Zusammenhang einer innerstaatlichen Sozial- und Bildungspolitik sowie einer gerechteren zwischenstaatlichen Wirtschaftsordnung lösen will. Nur das Ziel einer umfassenden, auf ausreichende Lebensbedingungen der untersten Sozialschichten und verstärkte gesellschaftliche Partizipation aller Bevölkerungsgruppen gerichteten Entwicklungsförderung kann staatliche Bevölkerungsprogramme, die das generative Verhalten der einzelnen zu steuern versuchen, ethisch rechtfertigen. Dabei kommt der Motivation und informierten Eigenverantwortung der Individuen die entscheidende Bedeutung zu; gezielte staatliche Anreizprogramme sind trotz sozialer Asymmetrien, die sie verstärken können (unter den Bedingungen absoluter Armut üben z.B. finanzielle Anreize einen erheblichen Druck aus) direkten staatlichen Eingriffen oder negativen „Strafen“ für die Überschreitung einer zulässigen Kinderzahl vorzuziehen. Eine Einschränkung des Individualrechts auf

informierte, eigenverantwortliche Familienplanung durch unmittelbaren staatlichen Zwang scheint dem Verfasser, wenn überhaupt, allenfalls nur als ultima ratio erlaubt, wenn zuvor alle Mittel einer lebensqualität-orientierten Bevölkerungspolitik ausgeschöpft sind (was derzeit in keinem Entwicklungsland der Fall ist). Als ethische Bewertungsmaßstäbe, an denen einzelne Methoden der Familienplanung zu messen sind, nennt die Studie geringe Gesundheitsgefährdung, einfache Anwendbarkeit, niedrige Herstellungskosten, kulturelle Akzeptanz und die prinzipielle Umkehrbarkeit. Irreversible Methoden wie die operative Sterilisation kommen von diesen Kriterien her nur als letztes Mittel in Betracht, wenn die regelmäßige Entscheidung für zeitlich nur begrenzt wirksame Mittel die einzelnen Paare nachweislich überfordert. Die traditionellen, durch die Übernahme westlicher Lebensmuster verdrängten Formen der Geburtenregelung (postpartum-Abstinenz, verlängerte Stillzeiten) und die vom Lehramt der katholischen Kirche empfohlenen Verfahren der natürlichen Familienplanung sind auch aus demographischer Sicht positiv zu bewerten. Dennoch stellt die NFP keinen realistischen Ausweg dar; ohne die modernen empfängnisverhütenden Methoden, mit denen Familienplanung heute auch in den Entwicklungsländern überwiegend betrieben wird, läßt sich das Bevölkerungswachstum nicht wirksam, beeinflussen (342). Die vorliegende Studie bietet der innerkirchlichen